

Niederschrift Nr. 1/2009

über die Sitzung des Hauptausschusses der Gemeindevertretung Wankendorf am 9. Februar 2009 in „Schlüter's Gasthof“ in Wankendorf.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 23.15 Uhr

Aufgrund der Einladung des Vorsitzenden, Herrn Paul Walter, vom 29. Januar 2009 sind zu dieser Sitzung erschienen:

Hauptausschuss:	Vorsitzender Paul Walter sowie die Gemeindevertreter/innen Arne Breiholz Sabine Friedel für Svenja Rohde Jürgen Kleinfeldt für Rüdiger Pries Joachim Kummerfeld Björn Loose Rainer Lühje Alexander Voß Friedhelm Weber
Gemeindevertretung:	Bürgermeisterin Silke Roßmann Marion Gurlit Kai Kühlmann Marion Tietgen Tim Wacker
Entschuldigt fehlen:	Rüdiger Pries Svenja Rohde
Gäste:	Dr. Markus Arndt von der Kanzlei Weißleder u. Ewer
Amt Bokhorst-Wankendorf:	Claus Hopp Thomas Köpp

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Walter eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Anträge zur Änderung der Tagesordnung

Weil die Urteilsbegründung in Sachen „Ausamtung Bönebüttel“ vorliegt und Herr Dr. Arndt Erläuterungen dazu geben kann, wird beantragt den Tagesordnungspunkt 7 unter Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Klage der Gemeinde Wankendorf gegen die Entscheidung des Innenministers im Ausamtvungsverfahren der Gemeinde Bönebüttel

Herr Dr. Arndt stellt sich kurz vor und erläutert den Sachverhalt, der zum Klageverfahren geführt hat. Ausgangspunkt ist die Fusion der Ämter Bokhorst und Wankendorf, die der Innenminister mit Wirkung zum 01.01.2008 verfügte. Noch im Jahr 2007 hat die Gemeinde Bönebüttel einen Ausamtvungsantrag mit dem Ziel gestellt, eine Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Neumünster einzugehen. Nach dem Anhörungsverfahren hat der Innenminister dem Antrag mit Wirkung zum 01.01.2009 stattgegeben. Gegen diese Entscheidung hat die Gemeinde Wankendorf als Drittbeteiligte Klage erhoben. Der Klage wurde nicht stattgegeben. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt vor.

In der Urteilsbegründung weist das Gericht darauf hin, dass die Gemeinde nur das rügen kann, womit sie in ihren Rechten verletzt wird. Das heißt, dass nur Fehler, die dazu führen, dass die Gemeinde Wankendorf in ihren Rechten verletzt wird, dazu führen können, dass der Klage stattgegeben wird.

In der mündlichen Verhandlung wurde von der Gemeinde die geringe Resteinwohnerzahl des Amtes nach Weggang der Gemeinde Bönebüttel bemängelt. Es wurde beantragt, darüber Beweis zu erheben, ob die vom Innenministerium vorgegebene Mindestgröße von 8.000 Einwohner für das verbleibende Amt in den nächsten drei Jahren Bestand hat. Das Gericht hat dem Beweisantrag nicht stattgegeben.

Herr Dr. Arndt führt als Weiteres die fünf möglichen Gründe auf, die für eine Zulassung der Berufung erforderlich sind:

- ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils
- Verfahrensfehler
- Divergenz zu höherer Rechtssprechung
- besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten des Falls
- außergewöhnliche Schwierigkeit des Falls

Zur Beratung über das weitere Vorgehen wird die Öffentlichkeit mit einstimmigem Beschluss um 20.10 Uhr ausgeschlossen.

- **Nicht öffentlicher Teil** -

- **Öffentlicher Teil** -

Der Gemeindevertretung wird mit fünf Ja-Stimmen bei vier Gegenstimmen empfohlen, einen Antrag auf Zulassung der Berufung zu stellen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Protokoll Nr. 5/2008 vom 10.11.2008

Einwände gegen Form und Inhalt des Protokolls werden nicht erhoben; es gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

Mitteilungen

5.1 Dorfreinigung

Frau Roßmann teilt mit, dass die Dorfreinigung am 21.03.2009 ab 9.00 Uhr durchgeführt werden soll.

5.2 Einwohnerversammlung

Die Einwohnerversammlung soll am 12.03.2009 um 19.30 Uhr stattfinden.

5.3 Südliche Bahnhofstraße

Frau Roßmann berichtet, dass die Gemeinde ihre Ansprüche kürzlich im Insolvenzverfahren formell angemeldet habe.

5.4 Gründung „Kleiner-Anna-Kreis“

Frau Gurlit berichtet, dass sich der Verein gegründet hat. Zur ersten Vorsitzenden wurde Frau Gurlit gewählt; zum zweiten Vorsitzenden Herr Letsch.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

Anfragen

6.1 Waldkindergarten

Herr Breiholz bittet um Informationen zum Verfahrensstand.

Frau Roßmann teilt mit, dass für die Ausschreibung vier potentielle Träger angeschrieben wurden, von denen bereits zwei abgesagt haben. Abgabetermin für die Angebote ist Ende Februar 2009.

6.2 Schulverband Bornhöved

Herr Breiholz erkundigt sich nach dem Sachstand.

Frau Roßmann berichtet über den Gesprächstermin am 23.02.2009.

6.3 Südliche Bahnhofstraße

Herr Breiholz erkundigt sich nach dem Fortgang der Arbeiten.

Frau Roßmann erläutert, dass zurzeit aufgrund der Witterungslage noch kein Termin für die Fortsetzung der Arbeiten genannt werden kann.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung

Einwohnerfragezeit

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag des DRK-Kindergartens zu einer Sanierungsmaßnahme

Nach kurzer Aussprache wird der Gemeindevertretung einstimmig empfohlen, ihre Zustimmung zur Aufnahme von Kreditverhandlungen zu erteilen.

Herr Weber hat gem. § 22 GO weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilgenommen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung

Erneuerung des Spurbahnweges Löhndorf-Nettelau

Nach kurzer Aussprache wird der Gemeindevertretung einstimmig empfohlen, für den Ausbau die Variante als Spurbahnweg zu wählen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung

Haushaltssatzung 2009

Im Vorwege verteilt Herr Köpp eine Liste über Ansatzveränderung, die sich aufgrund der Veränderungen bei den Finanzausgleichsmitteln und der Vorarbeiten zur Aufstellung der Jahresrechnung 2008 ergeben haben. Damit wird es nicht mehr notwendig, den Vermögenshaushalt mit Darlehensmitteln zu finanzieren. Im Anschluss daran geht der Hauptausschuss den Haushaltsplan Seite für Seite durch.

Zur Kindergärtenförderung erklärt Herr Loose, dass er dieser Maßnahme nicht zustimmen würde, wenn sich für den Gesamthaushalt ein Darlehensbedarf ergibt.

Herr Breiholz erklärt hierzu, dass der Darlehensaufnahme im Vermögenshaushalt entsprechende Investitionen gegenüber standen, sodass nicht davon gesprochen werden konnte, Ausgaben des Verwaltungshaushaltes mit Darlehensmitteln zu finanzieren.

Im Zusammenhang mit der Haushaltsplanberatung wird der Gemeindevertretung einstimmig empfohlen, den Zuschuss an die Kameradschaftskasse der Freiwilligen Feuerwehr auf 300,00 € anzuheben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig, den Haushaltsplan 2009 mit den in der Anlage aufgeführten Ansatzveränderungen zu beschließen.

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes beträgt danach	2.875.500,00 €
Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt danach	629.100,00 €
Der Gesamtbetrag für Kredite verringert sich auf	0,00 €
Der Höchstbetrag der Kassenkredite beträgt	0,00 €
Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen wird auf festgesetzt.	0,13 Stellen

Die Realsteuerhebesätze bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert

bei	Grundsteuer A	250 %
	Grundsteuer B	250 %
	Gewerbsteuer	290 %

Zu Punkt 11 der Tagesordnung

Verfahren zur Kindergärtenförderung

Zunächst werden die unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen zu dem Verwaltungsaufwand, der für die Kindergärtenförderung notwendig ist, ausgetauscht. In diesem Zusammenhang weist Herr Köpp darauf hin, dass es unabdingbar erforderlich ist, dass Gemeinden den Aufwand in der Amtsverwaltung zusätzlich vergüten, der auf besondere Leistungen für die Gemeinden zurückzuführen ist. Da nicht nur die Amtsverwaltung sondern auch die Kindergärten in die Festlegung der Verfahrensabläufe einzubeziehen sind, wird es vereinbart, dass Vertreter der drei Fraktionen mit den Leitungen des DRK- und Waldkindergartens sowie der Verwaltung und der Bürgermeisterin einen Besprechungstermin vereinbaren. Als Termin wird der 16.02.2009 um 19.30 Uhr in „Schlüters Gasthof“ vorgeschlagen. Vorgesehene Teilnehmer: Frau Friedel, Frau Roßmann,

Herr Wacker, Herr Weber, Frau Rautenberg (Amt), Frau Weber (DRK Kindergarten), Frau Lange (Waldkindergarten).

In diesem Zusammenhang regt Herr Hopp an, diese besondere Förderung auf die gemeindlichen Kindergärten zu beschränken.

An dieser Stelle schließt Herr Walter den öffentlichen Sitzungsteil um 21.30 Uhr und setzt die Sitzung nach kurzer Unterbrechung mit folgender Tagesordnung als nichtöffentliche Sitzung fort: